Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/70

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 8. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, den 13. Dezember 1961

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordneter **Lohmar**

Welchen Erfolg hatten bisher die Bemühungen der Bundesregierung um eine Angleichung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen für bei den alliierten Streitkräften beschäftigte Arbeitnehmer an die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer in der Bundeswehr?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Abgeordneter **Dr. Mommer**

Erlaubt es die hergebrachte Hierarchie in der Bundesregierung, unserer ersten Frau Ministerin einen Platz in der vordersten Regierungsbank im Bundestag einzuräumen und sie aus der stets großen Zahl der hohen Ministerialbeamten herauszuholen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

Abgeordneter **Faller**

Billigt die Bundesregierung, daß von der Zollverwaltung entlang der schweizerischen Grenze bei Grenzach (Baden) ein ca. 2 m hoher Zaun errichtet wurde?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter **Faller**

Ist die Bundesregierung bereit, das Grenzwarenabkommen mit Frankreich, das am 31. Dezember 1961 abläuft, zu verlängern?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

V. 1. Abgeordneter **Dröscher**

Warum ist das Anbringen von Schmutzfängern nicht an allen Kraftfahrzeugen gesetzlich vorgeschrieben?

V. 2. Abgeordneter **Müller (Erbendorf)**

Trifft es zu, daß ab 1962 gemäß den Vorschriften des Bundesverkehrsministeriums zur Verordnung über brennbare Flüssigkeiten Fahrzeuge mit kippbarer Ladefläche nicht mehr zum Transport von Heizöl-Auflegetanks zugelassen werden sollen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

V. 3. Abgeordneter **Wittrock**

Wird der zuständige Bundesminister bei der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung darauf hinwirken, daß bei den Bundeswasserstraßen die Abwasser-Genehmigungsbedingungen den Erfordernissen unserer Zeit angepaßt werden, zumal das Landgericht in Wiesbaden am 16. November 1961 in einem Strafprozeß festgestellt hat, die Abwasser-Genehmigungsbedingungen seien so unklar und veraltet, daß man nichts mehr mit ihnen anfangen könne?

V. 4. Abgeordneter **Wittrock**

Wird der zuständige Bundesminister bei den für die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen zuständigen Behörden veranlassen, daß die im Auftrag des Bundesministeriums für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft entwikkelten automatischen und selbstregistrierenden Abwasser-Meßgeräte (vgl. „Bulletin" vom 17. Oktober 1961) von den Industriefirmen, welche Abwasser in die Bundeswasserstraßen einleiten, kraft gesetzlicher Auflage angeschafft werden, um so die Verunreinigung der Bundeswasserstraßen — z.B. des Rheins — kontrollieren und schließlich bekämpfen zu können?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Beabsichtigt die Bundesregierung — wie andere Länder — anläßlich des Weltgesundheitstages im Jahre 1962 als Unterstützung des Kampfes gegen die Malaria eine Sondermarke herauszugeben?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

VII. 1. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Hat die Bundesregierung bereits Erfahrungsberichte von den Ländern über die Durchführung und Auswirkung der Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone und aus dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin?

VII. 2. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Wann ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, den in der Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen vom 23. Februar 1961 zugesagten Erfahrungsbericht zu geben?

Bonn, den 8. Dezember 1961